reinigung des Etats, d. h. in erster Linie nur durch Abrüstung. Darauf drückt auch Amerika. Ist aber der französische Militarismus dazu geneigt? Soweit der Sozialismus im französischen Heer reicht, wird man die Frage wohl mit ja beantworten. Dem steht aber die antisozialistische Strömung entgegen. Ihr kommen die Verwicklungen in Marokko und Syrien sehr gelegen, weil sie nach ihrer Ansicht jede Abrüstung verbieten. Man muß noch weiter denken. Die Demobilisierung würde das Angebot von Arbeitskräften stark vermehren, und das in einem Augenblick, wo infolge der Stabilisierung des Franken mit dem Fortfall der Exportprämie der Inflation nach allen bisherigen Erfahrungen vermutlich die Arbeitsgelegenheit stark sinken würde. Arbeitslosigkeit schafft aber die Stimmungsgrundlage auch für politische Unruhe. Wäre nicht unter diesen Umständen mit Putschgefahren von chauvinistischer wie von kommunistischer Seite in Frankreich zu rechnen? Die Möglichkeit dessen zwingt jedenfalls, die Frage der Sanierung des Franken (für die italienische Lira liegt sie ähnlich), so nötig sie ist, doch mit allergrößter Vorsicht anzufassen. Das verlangt auch das deutsche Interesse, da Explosionen vermutlich in erster Linie auf unsere Kosten gehen würden. Die Sanierung darf nicht ohne gleichzeitige Bereinigung der internationalen Wirtschaftslage im ganzen versucht werden. Darum geht auch längst das Ringen. Locarno war nur eine Episode darin, die den Widerstand des französischen Militarismus untergraben sollte. Auf die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Verständigung hat schon die letzte Tagung der internationalen Handelskammer in Brüssel hingewiesen. Wichtig ist, daß vor kurzem in Paris das Comité d'Action Economique et Douanière gegründet worden ist, das gegen die übertriebenen Schutzzollideen in Frankreich angeht und unter Beteiligung namhafter Wirtschaftler der Herbeiführung einer internationalen Wirtschaftsgemeinschaft vorarbeiten will. Loucheur hat sich vor kurzem ebenfalls in diesem Sinne ausgesprochen. Die Verständigungsfrage betrifft nicht nur Deutschland und Frankreich allein. Sie kann vor allem nicht ohne Amerika gelöst werden. Das amerikanische Interesse wird dann aber auch die Ausdehnung auf Polen und Rußland fordern. Umgekehrt zeigt die Ablehnung der Anleihe des Kalisyndikats, daß Amerika überall dort Schwierigkeiten machen wird, wo sein Goldmonopol sich durch fremde Produktionsmonopole bedroht fühlt. Spielte dafür früher das Petroleum die erste Rolle, so ist inzwischen der Kautschuk hervorgetreten, jetzt, wie man sieht, das Kali, und so wird sich noch manche Schwierigkeit ergeben. Das erschwert und verzögert naturgemäß die Lösung. England hat freilich wohl augenscheinlich ein besonderes Interesse daran, bis zu den im Frühjahr zu erwartenden Wahlen von der Last der Arbeitslosigkeit befreit zu sein, die in erster Linie durch das französische Valutadumping hervorgerufen ist. Das wäre also ein Zeitpunkt, für den eine Wendung erhofft werden könnte. Der Weg dahin ist aber voller Steine und Löcher und immer noch lang genug. Die bange Frage bleibt also, ob der deutschen Wirtschaft bis dahin nicht der Atem ausgeht.

Die Lage im Buchgewerbe und in der graphischen Industrie hat sich in der letzten Zeit ganz besonders zum Schlechteren gewandt und zeigt auch für die nächste Zukunft trübe Aussichten. Namentlich die Lage der papiererzeugenden Industrie, die sich bisher immer noch am besten gehalten hatte, ist im November ungünstiger geworden. Der Auftragseingang ist nach den Berichten der preußischen Handelskammern außerordentlich schwach, die Auslandsaufträge bringen durch die gedrückten Preise häufig Verluste. Der Auftragsbestand ist so gering, daß die Firmen teilweise nur mit der Hälfte der Belegschaft arbeiten und nur für wenige Tage Arbeit haben. Nur den Fabriken, die Zeitungsdruckpapier herstellen, geht es besser. Auch die papierverarbeitende Industrie klagt über weiteren Rückgang der Aufträge. Die Hoffnungen auf das Weihnachtsgeschäft haben sich nicht erfüllt. Diese Lage spiegelt sich auch an der Börse wider. War der Durchschnittskurs für 22 an der Berliner Börse amtlich gehandelte Aktien der Papierindustrie am 2. Januar 1925 noch 87,78, so war er bis zum 1. September schon auf 69,53 zurückgegangen. Die Ursache ist die Dividendenlosigkeit der meisten Aktien, die wieder vornehmlich in der mangelnden Liquidität begründet ist. Die Kurse des Buchhandels selbst und ihm näher verwandter Betriebe scheinen sich bisher besser behauptet zu haben. Bei 23 Gesellschaften entsprach einem Durchschnittskurs von 58,31 Anfang Juli, nachdem wohl allgemein die Umstellung durchgeführt war, Anfang November ein solcher von 58,26. Das eigentliche Druckgewerbe erfreute sich bisher einer ganz besonders günstigen Konjunktur. Zum Teil konnten infolgedessen sogar Betriebserweiterungen vorgenommen werden. Das Blatt wendet sich aber offensichtlich. Die Gesamtheit der deutschen Fachverbände des Druckgewerbes meldet folgende Prozentziffern der Arbeitslosigkeit für dieses Jahr:

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
8,1	5,3	5,1	4,9	5,0	5,2	5,8

August	September
6,9	8,5

Die Beschäftigungslosigkeit nimmt also seit dem Herbst deutlich zu. Das gilt vor allem auch für die Buchbinder. In den nächsten Monaten wird sich die Lage vermutlich noch besonders zuspitzen. Bisher haben gerade Drucker und Binder die Produktion vielfach durch Kredite gefördert und gehalten. Schon aber muß die Annahme neuer Aufträge unbedingt von mindestens teilweiser Abtragung der bestehenden Verbindlichkeiten abhängig gemacht werden. Versagt das Weihnachtsgeschäft und wächst damit die Illiquidität, so kann es über Nacht einen völligen Zusammenbruch der Produktion geben. Es ist unter diesen Umständen besonders schwer verständlich, daß man im Druckgewerbe jetzt noch Lohnerhöhungen glaubt fordern zu können. Die Arbeitgeber können ihren Widerstand dagegen aufs beste begründen. Dafür werden sie auch gerade im Buchhandel Verständnis und Unterstützung finden, da Lohnerhöhung Preiserhöhung bedeuten müßte, die aber eben untragbar ist. Zu unseren Bemerkungen hinsichtlich der Preise für chemigraphische Erzeugnisse vor 4 Wochen ist uns übrigens nachstehende Zuschrift zugegangen, die wir zum Abdruck bringen, ohne im einzelnen Stellung dazu zu nehmen *).

---

*) In dem Artikel von Herrn Prof. Dr. Menz »Zur Wirtschaftslage« (Bbl. Nr 267) wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Ringpreise dieses Gewerbes einer Revision unterzogen werden möchten. Unterzeichneter hat ein ideelles Interesse daran, hierzu einiges auszuführen:

Es gibt tatsächlich Anstalten, welche 25 bis 40% Rabatt gewähren, und trotzdem dürfen die festgesetzten Preise als gesund und richtig bezeichnet werden. Es dürfte nämlich kaum ein Gewerbe geben, in dem die Preisfrage so intensiv und nach allen Richtungen durchberaten und berechnet wurde als wie im Chemigraphiegewerbe. Die Gehilfenschaft war bei der Preisbildung 19 Jahre mitwirkend tätig, ohne daß das Gewerbe einen eigentlichen Lohntarif hatte, und fühlt sich heute noch beteiligt dahin, daß nicht durch die Preise die Konjunktur leidet. Nach Meinung der Gehilfenschaft sind die Preise in jeder einzelnen Position gerechtfertigt und gerade der Umstand, daß Fälle vorkommen, wo 25 bis 40% Rabatt gegeben werden, bestätigt diese Auffassung. Die Anstalten kommen ihren Bestellern entgegen, wenn die Art des Auftrages dies zuläßt. Das gebietet neben anderem schon die Konkurrenz. Bei undankbaren Aufträgen, und was solche sind, weiß jeder Verleger, können solche Rabattsätze nur auf Kosten der Qualität geschehen. Uns sind die Rabatte gewährenden Anstalten bekannt und wir wissen, daß gerade in diesen Betrieben eine hochgradige Scheu vor Übernahme »ehrenvoller Aufträge« herrscht. Der Respekt vor schwierigen, oder auch nur nicht lohnenden Arbeiten gebietet den mit Rabattgrundsätzen behafteten Anstalten, sich mit Qualitätsaufträgen möglichst wenig einzulassen. Die photomechanischen Verfahren erfordern doch noch so stark eine individuelle Bearbeitung, daß selbst gleichformatige Aufträge die unterschiedlichsten Zeiten und damit Kosten erfordern.

Eine dementsprechende Kalkulation lehnen nahezu alle Besteller ab. Nur in der Industrie und etwas im technischen Verlag ist dies zugelassen, aber nur in der Positiv-Retusche, nie beim Klischee. Die Besteller verlangen wie früher beim Holzschnitt den Zentimeterpreis, und der verbietet in unserem Gewerbe aus obengenannten Gründen eine weitgehende Staffelung. Der mindeste Zentimeterpreis wird zum Allgemeinpreis. Dies ist seinerzeit dem Teil der Gehilfenschaft, auf deren Vorstellungen hin eine Staffelung nach Qualität und nach Format eingeführt wurde, durch die Praxis bewiesen worden. Es wurden vor vielen, vielen Jahren, in der guten alten Zeit Preise gezahlt von 50 Pf. bis 3 Mk. pro Quadratzentimeter für Holzschnittreproduktionen.